



MKAS - Newsletter



 **Konrad
Adenauer
Stiftung**

Skopje, 03. Oktober 2005

Mazedonien im September 2005

Die Antwort auf den Avis der EU wird am 9. November erwartet

NATO-Beitritt vermutlich nicht vor 2008

Verleihung der ersten mazedonischen Orden

Opposition verlangt Rücktritt der Regierung

Mißtrauensantrag der Opposition gescheitert

Abgeordnete bald reichste Rentner Mazedoniens?

Neues Rentensystem mit privatem Pensionsfonds

Holocaust-Gedenkstätte in Skopje

Bischof Jovan erneut zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt



Die Antwort auf den Avis der EU wird am 9. November erwartet

Mazedonien hatte am 14. Februar 2005 die Antworten auf den Fragebogen der Europäischen Kommission abgegeben. Bislang mußten achtmal zusätzliche Fragenpakete beantwortet werden. Anfang September gingen die letzten neun neuen Antworten in Brüssel ein. Zuletzt verlangte die EU-Kommission Erklärungen zur sogenannten Steuerpyramide, zu den direkten Absprachen der Regierung, nach denen ein Grundstück ohne Ausschreibung an die türkische Supermarkt-Kette „Ramstore“ verkauft und ein Vertrag mit dem russischen Ölonternehmen „Lukoil“ ausgehandelt wurde. Außerdem wollten die EU-Beamten die Formeln wissen, nach denen die Dividende bei Makedonski Telekomunikacii berechnet wird.

In ihrem 22seitigen Bericht hat die Regierung die administrativen Verfahren der Verträge und des Grundstückverkaufs erläutert. Zusammen mit den Antworten wurde auch der Bericht über die Implementierung des Aktionsplans zur europäischen Partnerschaft nach Brüssel geschickt, wonach die Regierung behauptet, dass Mazedonien 70% der diesbezüglichen Pflichten erfüllt habe.



Anlässlich der Gespräche Ende September zum Status Mazedoniens hinsichtlich einer Aufnahme in die EU zwischen der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Radmila Sekerinska und dem

Erweiterungs-Kommissar Olli Rehn in Brüssel wurde bekanntgegeben, dass die Europäische Kommission das Datum für die Beurteilung Mazedoniens nicht verschieben wird. Ein genauer Beginn für Verhandlungen sei noch lange nicht in Sicht. Inoffiziell wurde verlautbart, dass die Beitrittsverhandlungen von der Durchführung der nächsten Parlamentswahlen abhängen. Die Antwort auf den Avis wird am 9. November 2005 erwartet.

Die EU brachte unterdessen zum Ausdruck, dass sie in Bezug auf die Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen in Mazedonien kein Auge zudrücken wird. Die Durchführung fairer Wahlen nach „europäischem Vorbild“ sei die wichtigste Bedingung, um Mazedonien der EU anzunähern. Den europäischen Partnern ist bewußt, dass die Regierung nicht der einzige Akteur ist. Sie fordert alle politischen Parteien auf, sich dafür einzusetzen, dass die Wahlen in Zukunft demokratisch verlaufen. Die EU begrüßte die Ankündigung, die Gerichtsreformen endlich umzusetzen und hofft, dass das Gerichtssystem 2006 komplett reformiert sein wird.

NATO-Beitritt erst 2008

Der für Europa zuständige stellvertretende Staatssekretär im US-Außenministerium, Kurt Volker, sagte in Brüssel, dass Mazedonien, Albanien und Kroatien nicht vor





2008 der NATO beitreten können, weil sie für einen Beitritt immer noch nicht bereit seien. Er betonte, dass die Balkanländer sich der Allianz erst 2008 anschließen könnten, und dass dazu weitere Vorbereitungen und Reformen nötig seien. Gemäß den Diplomaten in Brüssel sei Mazedonien der aussichtsreichste Kandidat in der Adria-Gruppe. Sowohl die NATO als auch die EU stellten fest, dass Kroatien derzeit nicht Mitglied werden kann, wenn es nicht vorher seine Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal verbessert.

Verleihung der ersten mazedonischen Orden



Anlässlich des 8. Septembers, des Tages der mazedonischen Unabhängigkeit, hat Präsident Branko Crvenkovski zum ersten Mal neugeschaffene Orden als höchste staatliche Auszeichnung verliehen. Die Orden wurden dem ersten Präsidenten, der Mazedonien in die Unabhängigkeit führte, Kiro Gligorov und dem verunglückten Präsidenten Boris Trajkovski (posthum), zuteil. Die Verleihung fand am Vorabend des Feiertages auf der Festung Kale in Skopje statt.

Opposition verlangt Rücktritt der Regierung

Die „Vereinigte Opposition für ein besseres Mazedonien“, bestehend aus der größten konservativen Oppositionspartei VMRO-DPMNE, der Liberalen Partei LP, der Sozialistischen Partei SP und einigen kleineren Parteien, verlangte bei einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude den sofortigen Rücktritt der Regierung und die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen in den nächsten drei Monaten. Die Versammlung fand genau drei Jahre nach der Wahlniederlage der VMRO-DPMNE am 15. September statt.



„Der 15. September steht für großes Vertrauen, aber auch für eine große Täuschung. Wir haben uns vor dem Regierungsgebäude versammelt, um der Regierung zu zeigen, dass sie uns mit allem, was sie vor drei Jahren versprach, angelogen hat, und dass sie uns in die Armut stürzte. Sie hat uns belogen, sie hat große Investoren versprochen. Wo sind jetzt all diese großen Banken und multinationalen Unternehmen?“ sagte Nikola Gruevski,



Vorsitzender der VMRO-DPMNE, vor ca. 3000 Menschen. Er betonte, dass man jetzt sogar für die Einreise in den Kosovo ein Visum brauche. Gruesovski sagte, die Regierung nehme der Bevölkerung das Wertvollste weg: das Recht. Er fragte, ob es richtig sei, dass die Gehälter hoher Funktionäre und Parlamentarier steigen und diejenigen des Volkes immer kleiner werden. Mazedonien braucht gemäß Gruevski vor allem Investitionen, Bildung und Arbeitsplätze, und es sei nötig, dass sich die ethnischen Spannungen und politischen Probleme beruhigen; dies sei auch das Rezept für eine Aufnahme in die NATO. Bei der Protestveranstaltung traten auch Vorsitzende der anderen Parteien der Oppositionskoalition auf.

Mißtrauensantrag der Opposition gescheitert

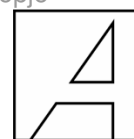
Am 22. September scheiterte der Mißtrauensantrag der Opposition gegen die Regierung von Vlado Buckovski, womit der Versuch, vorgezogene



Parlamentswahlen zu erzwingen, gescheitert ist. In der Abstimmung sprachen sich 61 zu 23 Parlamentarier für die Regierung aus, zwei Abgeordnete enthielten sich. Premierminister Buckovski kündigte an, die Regierung werde auch weiterhin an der Umsetzung der Reformen arbeiten, und verlangte, dass die Opposition sich endlich entscheide, wer von ihnen die Bürde übernehmen wird,

Mazedonien an die EU und NATO anzunähern. Er lobte sogar den Initiator des Mißtrauensvotums Ljubco Georgievski von der VMRO-NP dafür, dass er sich „europäisiert“ habe und dass es eine konstruktive Diskussion gegeben habe. Den Vorsitzenden der VMRO-DPMNE, Nikola Gruevski, dagegen rügte er, Defätismus zu verbreiten. Laut Gruevski sei keines der Versprechen Buckovskis betreffend den neuen Investitionen oder der ökonomischen Erneuerung eingelöst worden: „Es wurde angekündigt, dass viele Firmen große Summen in Mazedonien investieren würden, aber weder „Siemens“, noch die „Deutsche Bank“ oder „Austrian Bank“ sind nun da...“, sagte Gruevski. Er beschuldigt die Regierung, für die höchste Arbeitslosenquote in der Geschichte Mazedoniens verantwortlich zu sein. Der Grund für das Lob an Ljubcho Georgievski soll Gerüchten zufolge die Annäherung der VMRO-NP an die regierenden Sozialdemokraten sein, um im nächsten Jahr nach der Wahl als möglicher Koalitionspartner zur Verfügung zu stehen, falls keine Einigung im Oppositionslager bis dahin möglich sein sollte.

Abgeordnete bald reichste Rentner Mazedoniens?





Das mazedonische Parlament hat Ende September im zweiten Anlauf ein Gesetz für Abgeordnete, das u.a. die Renten neu regelt, verabschiedet.

Gemäß dem neuen Gesetz werden Parlamentarier ca. 36.000 Denar (ca. 600 Euro) Rente erhalten, das sind etwa 10.000 Denar mehr als die höchste Rente, die zurzeit überhaupt ausbezahlt wird. Nach der neuen Regelung wird die Parlamentarierrente 80% der durchschnittlichen Diäten der letzten drei Monate eines Abgeordneten betragen. Im Moment belaufen sich die Diäten im Durchschnitt auf 45.000 Denar (ca. 750 Euro). Anspruch auf die Rente hat, wer mindestens 25 Jahre einer Erwerbstätigkeit nachgegangen ist oder das 55. (Männer) bzw. 53. (Frauen) Lebensjahr erreicht hat sowie mindestens zwei Jahre lang Mitglied des mazedonischen Parlaments gewesen ist.

Von 120 Abgeordneten waren 91 anwesend. 75 Volksvertreter haben mit Ja und 14 mit Nein gestimmt, zwei haben sich enthalten. Alle Abgeordneten der albanischen DUI und der VMRO-NP stimmten dafür, von der VMRO-DPMNE war nur ein Mitglied dafür, die restlichen dagegen. Einige Angehörige der SDSM und der LDP sprachen sich dagegen aus oder enthielten sich der Stimme.

Präsident Branko Crvenkovski, der sich weigerte, das erste Gesetz zu unterschreiben, ist zwar immer noch dagegen, muss nun jedoch trotzdem unterschreiben, da es zum zweiten Mal von einer deutlichen Mehrheit im Parlament befürwortet wurde. Die besagt die Verfassung.

Die Bedingungen für die Ausbezahlung der Parlamentarierrente ist auch rückwirkend für ehemalige Parlamentarier gültig. Nach inoffiziellen Angaben erfüllen etwa 50 ehemalige und jetzige Parlamentarier die Voraussetzungen. Ohne zwischenparteiliche Querelen wurde mit großer Mehrheit ein Gesetz angenommen, mit dem sich die Parlamentsmitglieder ihre eigenen Privilegien sichern, obwohl weder die Regierung noch der Präsident damit einverstanden sind.



Der Gewerkschaftsverband Mazedoniens hat das Gesetz als beschämend, unethisch, unmoralisch und nicht verfassungskonform kritisiert. Die VMRO-DPMNE hat den Präsidenten dazu aufgerufen, es auch diesmal nicht zu unterschreiben.

Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang die erst kürzlich verabschiedete Anhebung des Renteneintrittsalters um je zwei Jahren bei Männern (65) und Frauen (63 Jahren).

Neues Rentensystem mit privatem Pensionsfonds





Die Regierung beschloß eine Reform des Pensionssystem in Mazedonien. Die bisher nur vorhandene staatliche „Erste Säule“ wurde um zwei neu private Pensionsgesellschaften „KB Erster Pensionsfonds“ und „Neuer Pensionsfonds“ erweitert. Der Kampf um die zukünftigen Pensionäre wird von etwa 1500 bevollmächtigten Agenten der beiden Fonds bestritten. Die Versicherten werden wie bisher 21,2% des persönlichen Einkommens für die Altersversicherung aufwenden müssen. Diejenigen, die in die Private Rentenkasse wechseln, müssen weiterhin 13,78% Pflichtbeitrag in den staatlichen und 7,42% in eine der privaten Pensionsfonds einzahlen. Für die nächsten zwei Jahre darf das Geld nicht zur Auszahlung der gegenwärtig anstehenden Renten verwendet werden. Die „Nardna Banka na Makedonija“, die Mazedonische Volksbank, wurde zum Treuhänder für künftigen fünf Jahre ernannt.

Kurzmeldungen

Laut des Staatlichen Statistikbüros beträgt der durchschnittliche Monatslohn in Mazedonien im Moment 12.441 Denar (ca. 200 Euro).

Gemäß World Economic Forum befindet sich Mazedonien auf Platz 85 von 117 auf einer Liste der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Der Growth Competitiveness Index mißt den Zustand einer Volkswirtschaft und deren mittel- und längerfristige Wachstumsperspektiven.



Holocaust-Gedenkstätte in Skopje

In Skopje wurde Anfang September der Grundstein für eine Holocaust-Gedenkstätte gelegt. Der Bau der Gedenkstätte, die eine Fläche von rund 4.000 Quadratmetern umfassen wird, wird rund drei Jahre dauern. Der Keller des Gebäudes soll die Stimmungen eines jüdischen Viertels in Mazedonien und die eines Konzentrationslagers widerspiegeln. Lifte sollen aus dem Keller in die einzelnen Etagen führen, die auch für Lesungen, Filmvorführungen und Forschungsarbeiten Raum bieten werden. Ebenso sollen Räumlichkeiten für Kunstausstellungen und ein kleines Amphitheater Teil des Komplexes sein. Die Gedenkstätte wird durch Erträge aus der Rückgabe konfiszierten Eigentums deportierter Juden finanziert.

Am 22. Februar 1943 waren 7.200 Juden aus Mazedonien ins Konzentrationslager Treblinka deportiert worden.

Bischof Jovan erneut zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt





Der seit Juli in Haft befindliche Bischof Jovan (Zoran Vraniskovski) und der frühere Kassier der Eparchie Povardarska, Toni Petrusovski wurden am 23. September zu einer Haftstrafe von zwei Jahren bzw. 15 Monaten verurteilt. Das Gericht befand sie schuldig, eine Schenkung über 57.000 Euro des Oberbürgermeisters von Skopje, Trifun Kostovski, unsachgemäß verwendet zu haben. Das Geld sollte der Restaurierung der Kirche des Hl. Pantelimon in Veles dienen.



Der Vorsitzende des Gerichts in Veles, Richter Valentin Zafirov sah es als erwiesen an, dass der Kassier das Geld auf Verlangen von Bischof Jovan abhob und ihm übergab. Der Staatsanwalt forderte ihre Verurteilung, da sie nachdem sie aus dem Dienst in der Eparchie Povardarska zuvor entlassen worden waren kein Recht mehr hatten, das Geld zu verwenden.

In den Medien rief das Gerichtsverfahren gegen Jovan erneut große Aufmerksamkeit hervor, schon allein aufgrund des schwelenden Streits zwischen der Mazedonischen und Serbischen Orthodoxen Kirche. Bischof Jovan, der im Juli schon zu zwei Jahren Haft wegen angeblichen „nationalen und religiösen Hasses“ verurteilt wurde, gehört der Serbisch Orthodoxen Kirche an. Anders als beim Juli-Urteil ist diesmal nicht zu erwarten, dass Gerichtsentscheidung in einem Revisionsverfahren in Den Haag aufgehoben wird, da das Geld verschwunden ist. Am 29. September begann in Veles ein dritter Gerichtsprozeß gegen Bischof Jovan, in dem es um die angebliche Unterschlagung von 600.000 Euro gehen soll.

Impressum:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Inhaltlich Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

Zusammengestellt von:
Tiina Fahrni
Davor Pasoski

Stand: 03.10.2005

